

DIE AMEISE.

Jämmerstreb' zum Ganzen! Und kañst Du seiber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von nicht Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Infectionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarke für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Nr. 46.

Berlin, den 15. November 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Ahlen (Westf. Stanz- und Emailirwerk A. G. vorm. J. H. Kerkmann), Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Tillowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Triptis, Uedendorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.), Begefeld.

Der Vorstand.

Unser Beihilfefond

benötigt, wie aus der amtlichen Bekanntmachung des Vorstandes in dieser Nummer hervorgeht, eine „Beihilfe.“ Obwohl die Erhebung zweier Extrabeiträge vollständig statutarisch ist, so dürfte es aber doch hier und da Beihilfemittelglieder geben, die sich über diese Maßnahmen schier verwundern oder aber nicht mit einverstanden sind.

Sie werden sagen, na ja, das hat nun auch noch gefehlt; nachdem $\frac{1}{4}$ Jahr der Verband Extrabeiträge erhoben hat, nachdem zwei Mitgliederabstimmungen sich mit der Herabsetzung der Beiträge im Verband bzw. mit der Erhöhung der Beiträge im Verband beschäftigt haben, muß nun zuguterletzt auch der Beihilfefond mit solcher Verschönerung kommen.

So notwendig nun aber die Erhebung der Extrabeiträge im Verband waren, um vor den allzu fühlbaren Folgen der Vermögens-affaire wenigstens etwas gesichert zu sein, so notwendig uns eine der Vermögenslage und der Inanspruchnahme der Kasse entsprechende Restituierung der auf der Rudolstädter General-Versammlung gefassten Beschlüsse erschien und so prinzipiell richtig eine mächtige Beitragserhöhung unter Berücksichtigung einer entsprechenden Begrenzung derselben bei den Hilfsarbeitern, nicht jetzt durch Mitgliederabstimmung, sondern durch Aussprache auf der Generalversammlung zu betrachten ist, so notwendig und unabweisbar ist die Erhebung mindestens zweier Extrabeiträge für den Beihilfefond.

Es gibt unter unseren organisierten Berufsgenossen so manchen, der den Beihilfefond nur als ein Ueberbleibsel aus der Vorse-

hung des vergangenen des Verbandes ansieht und der da wähnt, es vertrage sich eine solche Institution nicht mit seinem Kampfsorganisations-Standpunkt. Es seien unter den 1820 Beihilfemittelgliedern viele, denen lediglich ihre Zugehörigkeit zum Beihilfefond nur an die Berufsorganisation überhaupt binde, andernfalls sie sich dem Tadel um die Bestrebungen des Verbandes kümmern würden, ja, man hat den Beihilfefond schon als einen Hemmschuh der Verbandsbestrebungen bezeichnet.

Zugegeben, daß es eine beschränkte Anzahl solcher Mittelglieder giebt und wozu besonders jene Mitglieder aus anderen Berufen zu zählen sind, die Mitglieder der früheren Krankenkasse waren, und sofern sie darin erworbene Rechte nicht verlieren wollen, wohl oder übel mit in den Verband und Beihilfefond übertreten mußten, so läßt im Allgemeinen sich das doch von dem Beihilfefondmitgliedern nicht sagen. Im Gegenteil kennen wir eine große Zahl Beihilfemittelglieder, die gerade auch im Beihilfefond deswegen Mitglieder sind, weil sie die Berufsorganisation auch als den geeignetsten Platz ansehen, neben den Unterstützungszweigen, die eine wirkliche „Kampfsorganisation“ erfordert, auch eine Stelle zu haben, sich gegen Krankheitsfälle versichern zu können. Der Kampf gegen die Fährlichkeiten, die speziell die Beschäftigung im Porzellanberuf hervorbringt, ist nicht der unbedeutendste, und es kann sich auch der zielbewussteste Kampfsorganisationsanhänger ruhig dazu verstehen, in unserem Beihilfefond durchaus keinen Hemmschuh, sondern ein ganz annehmbares Stück von einer Kampfsorganisation zu erblicken.

Würden und könnten nur alle unsere Mitglieder dem Beihilfefond angehören, sie würden bei den Kämpfen zur Erzielung besserer Arbeitsverhältnisse dann nicht so leicht urteilen, wie wir es leider so oft wahrnehmen müssen. Die Zugehörigkeit zum Beihilfefond kann wohl als „Ritt“, nie aber als Hemmschuh betrachtet werden.

Die Eigentümlichkeiten unseres Berufes, bzw. die Krankheiten, die in Folge der Ausübung der Berufsarbeiten so tief Wunden schlagen, sie lassen das Bestehen, das Weiterbestehen dieser Unterstützungseinrichtung als eine Notwendigkeit erscheinen.

Derer haben schon einzelne Genossen, die nicht dem Beihilfefond angehören, gemeint, daß das Ende dieser segensreichen Einrichtung gekommen sei, und auch uns mußte sich der Gedanke schon aufdrängen.

Und besonders jetzt beim derzeitigen Mitglieder- und Kassendebattee erscheint er, es muß jetzt aber versucht werden, einen noch weiteren Rückgang aufzuhalten. Als nächstliegende Maßnahme hat der Vorstand Gebrauch von dem ihm durch das Beihilfefondreglement eingeräumten Befugnis, zwei Extrabeiträge zu erheben, gemacht und wir geben uns der sicheren Erwartung hin, daß die Einhebung derselben ohne große Erregung und nutzloses Geplänkel, wie sich das bei der jüngsten Erhebung von Extrabeiträgen im Verbands gezeigt hat, vor sich geht.

Mindestens 10 Mk. soll nach § 17 des Reglements pro Mitglied im Reservefond sich befinden, 9,00 Mk. ist zur Zeit aber nur der Beitrag, der aus den 16.500 Mk. auf das einzelne Mitglied entfällt.

Daß der Beihilfefond der Organisation schon öfter Sorgen bereitet hat, steht fest und wenn solche Verbandsmitglieder, die nicht dem Fond angehören, das Schmerzenskind gerne zum Kadaver wünschen, na, das könnte man ja verstehen.

Doch Schmerzenskind hin und Sorgenbereiter her, es muß versucht werden die Einrichtung am Leben zu erhalten und vielleicht gelingt es der nächsten Generalversammlung Mittel und Wege dazu zu finden.

Im Jahre 1896 beschloß die Generalversammlung die Beiträge zum Beihilfefond in allen Klassen um 10 pCt. zu erhöhen. Seit dieser Zeit nun konnte allen Verpflichtungen nachgekommen werden, das Vermögen blieb immer ziemlich gleichmächtig auf derselben Höhe. Im letzten Jahre erst hat sich das zum Schlimmen geändert, der Kassendebattee ging zurück, so daß nicht einmal mehr die pro Mitglied vorgezeichneten 10 Mk. vorhanden sind.

Ja 3-tien können Geschäftsgenossen, der Krise, in dem sich die Industrie befindet, ist es noch immer der Fall gewesen, daß die Inanspruchnahme auch der Krankenkassen und Einrichtungen wie sie unser Beihilfefond vorstellt, eine bedeutendere ist, es ist das dasselbe, wie es sich ja auch in der anderen Unterstützungseinrichtung der Organisation zeigt und

die eine stärkere Abnahme des Verbandesvermögens zeitigt.

Denn gelungen kann nicht werden, daß der Beihilfefond eine größere Zahl von älteren Mitgliedern hat, die in guten Geschäftszeiten wohl noch arbeiten, bei einem Umschlag aber, wie er dieses Jahr eingetreten ist, gar nicht so sehr zu simuliren brauchen, um ohne Umstände vom Arzt als krank geschrieben zu werden.

Daß es eine ganze Anzahl Porzellanarbeiter giebt, die den Schwindsuchtkeim in sich, ja die „Kog“ schon mehr oder weniger haben und doch noch arbeiten, ist sicher, wenn solche dann die stille Zeit dazu wählen, um sich krank schreiben zu lassen, nun, es ließe sich darüber noch vieles sagen, doch wollen wir davon absehen.

Wielmehr möchten wir bei der Gelegenheit der Ausschreibung von zwei Extrabeiträgen Veranlassung nehmen, im allgemeinen einige Worte über die Kontrolle unserer Kranken zu verlieren.

Wir haben früher ab und zu einmal davon geschrieben und haben ja auch, als vom Vorstand seiner Zeit Beauftragter, Gelegenheit gehabt, aus persönlicher Ueberzeugung bei Kranken Erfahrungen zu sammeln, die eine besonders strenge Kontrolle wünschenswerth erscheinen ließen. In letzter Zeit kam in den Vorstandsfürungen, mit Ausnahme von einigen Fällen, wo der § 13 des Reglements in Anwendung kam, wegen Besuchs öffentlicher Lokale, wenig oder nichts zur Sprache, was auf eine besonders zu verurtheilende Ausnützung des Beihilfefonds schließen ließ. Es lag deshalb keine direkte Veranlassung vor und die Anregung fehlte zur besonderen Behandlung des Beihilfefonds im Organ.

Es kommt uns aber auch so vor, als wenn unsere Verwaltungen in Bezug auf die Kontrolle der Kranken Beihilfefondmitglieder nicht immer so verfahren, wie es im Interesse des Beihilfefonds liegt und deswegen erfährt vielleicht

auch der Vorstand weniger. Es dürfte angezeigt erscheinen, mit Rücksicht auf den Rückgang des Vermögens, gerade jetzt recht genau es mit der Kontrolle zu nehmen und alles zu thun, um sogenannten „Kassenmardern“ auf die Finger zu sehen. Es braucht ein Arbeitsunfähiger nicht gleich mit der Mistforke zu hantiren und die Beihilfe dabei zu bezühen; im stillen Kämmerlein wird ebenfalls oft genug eine Arbeit trotz der Arbeitsunfähigkeit getrieben werden, deren Ertrag neben der Beihilfe, den Betreffenden in den Stand setzt, auf eine größere Einnahme blicken zu können, als wenn er im Geschäft arbeitet, als Arbeitsfähiger gilt. Da heißt es gut und gewissenhaft zu kontrolliren, nicht nur Sonntags Nachmittags seinen Besuch abzustatten, sondern zu verschiedenen Tagen und Stunden. Die event. Kosten, die daraus entstehen, können nicht in Betracht kommen, wenn es sich darum handelt die Beihilfe eines simulirenden Kranken auf Wochen hinaus für den Fond zu retten. Die Personen, die von der Zahlstelle als Krankenkontrolleure bestimmt werden, betrachten wir als Vertrauenspersonen und nur solche dürften dazu ausersehen werden. Oft genug aber wird es vorkommen, daß Niemand diesen Posten annehmen will, bis man dann schließlich ein Mitglied dazu bestimmt, der nicht einmal Mitglied des Beihilfefonds ist, naturgemäß doch auch weniger Interesse dafür hat. Wo Beihilfefondmitglieder an Orten sich befinden, wo keine Zahlstelle besteht, wird es für die Verwaltung, zu der das Mitglied gehört, nothwendig werden, sich am Orte des Mitgliedes Vertrauenspersonen zu versichern, die ab und zu persönlich die Kontrolle übernehmen, ja es würden unter Umständen sogar die Kosten einer Kontrolle durch den Zahlstellenassistenten selbst, nicht sehr in das Gewicht fallen. Das Ertrappen eines Mitgliedes, das in frivoler Weise die Kasse auszunutzen sich nicht scheut, bringt die Be-

träge, die wirklich kranke Mitglieder benötigen, oft für Wochen ein. Daß die Zugehörigkeit nebenbei zu anderen Kassen ebenfalls eine große Rolle spielt, um recht lange „sich krank zu fühlen“ die Unterstützungen einzustreichen, sollte Jedem, der für eine Einrichtung der Organisation sich bekümmert, wie sie der Beihilfefond darstellt, veranlassen, auch hierauf sein Augenmerk zu richten. Nicht soll die Versicherung in Krankenkassen als ein rentables Geschäft betrieben werden, und wo solches vermuthet wird, sollte immer dem Vorstand Meldung gemacht werden.

Der Generalversammlungsschluß (1896), wonach der Vorstand ermächtigt ist, unverhoffte Revisionen vorzunehmen, dürfte u. S. nach durch die jetzige „Baße“ im Beihilfefond mehr Beachtung finden und Winke der Zahlstellenverwaltungen, die arbeitsunfähige Mitglieder haben, denen sie nicht trauen, werden nicht von der Hand gewiesen werden.

Also Kontrolle der Arbeitsunfähigen nach jeder Richtung hin, wird im Interesse des Beihilfefonds, ja auch der Gesamtorganisation liegen.

Es ist möglich, daß weder die Erhebung zweier Extrabeiträge, noch auch eine straffere Kontrolle das weitere Sinken aufhält, daß die Dauer der Krise vielleicht entscheidend in die Lebensfähigkeit des Beihilfefonds eingreift und die Generalversammlung, die ja in wenigen Monaten stattfinden soll, energisch eingreifen muß.

Die größte und sicherste Hilfe würde es bedeuten, wenn die Inflation recht viel neues Element, jüngere gesunde Mitglieder erhalten würde; man wünschte ja auch auf einer Generalversammlung, daß im Organ Agitation für den Beihilfefond getrieben würde. Eine Agitation aber unter den in den letzten Jahren sich entwickelten Verhältnissen der Orts- und besonders der Fabriklassen, solche betreiben zu können mit Erfolg

Emaille-Geschirr.

(Nachdruck verboten.)

Obwohl es heute kaum einen Haushalt geben dürfte, in dem die wohlbekanntesten blauen oder weißen Geschirre und Kochtöpfe aus Emaille nicht zu finden sind, so ist doch über die Bedeutung dieser Industrie und namentlich über die Verarbeitung der Emaille sehr wenig bekannt. Die Fabrikanten hüten ihren Betrieb wie einen Schatz vor den Augen Auserwählter, um sich auf diese Weise vor der Konkurrenz zu sichern.

Die Emaille ist nicht, wie oft falsch behauptet wird, eine neue Erfindung, sondern gehört dem grauen Alterthum an. Der eigentliche Erfinder ist nicht bekannt, doch dürfte man nicht fehlgehen, wenn man die Erfindung der Emaille den Phöniziern zuschreibt, denn, wie aus der Geschichte ersichtlich, waren dieselben die Erfinder des Glases, und auch die Emaille ist nichts anderes als eine glasartige Masse, welche mittels Metalloxyden gefärbt und auf der Oberfläche des Gegenstandes eingeschmolzen wird. Bei den Ausgrabungen ist man in den alten phönizischen Gräbern auf Schmuckgegenstände gestoßen, die durch Emaille verziert waren. Auch in den Gräbern der Aegyptier fand man dergleichen verzierte Gegenstände, doch ist anzunehmen, daß diese von den Aegyptiern entweder eingetauscht oder daß die Herstellungswiese erst von den Phöniziern erlernt wurde.

Bei den alten Völkern wurde jedoch das Emailiren nur zu künstlichen Verzierungen von Schmuckgegenständen, von Armspangen, Urnen, Ampeln und anderen aus Bronze gefertigten Gegenständen angewendet. Dann ist die Kunst

des Emailirens auf längere Zeit in Vergessenheit gerathen, bis die Araber und Mauren wieder ihre Schmuckgegenstände damit verzierten.

Durch diese Völkerstämme ist dann wahrscheinlich die Emaille den venetianischen und französischen Goldschmieden bekannt geworden, bei denen sie als kunstvolle Einlage in mosaikartiger Form in Gold- und Silbergegenständen mit Geschmack verwendet wurden. Die französischen Goldschmiede des 16. und 17. Jahrhunderts besaßen darin eine besondere Geschicklichkeit. Im 16. Jahrhundert stellte man auch die ersten emailirten Uhrzifferblätter her, ebenso wurden in Italien im Style der damaligen Zeit gefertigte Vasen, Tablettis etc. aus Kupfer reich mit eingelegter Emaille versehen.

Obgleich nun das Kupfer zur Verarbeitung in Kochgeschirren aller Art die besten Eigenschaften besitzt, so konnte es doch in Verbindung mit Emaille als Koch- und Küchengeräth nicht verwendet werden, da das Kupfer bei seiner leichten Schmelzbarkeit eine Verbindung mit einer schwerer schmelzbaren Masse nicht eingehen kann und eine leicht schmelzbare Emaille in Verbindung mit Kupfer den sich beim Kochen entwickelnden Säuren keinen Widerstand leistet und daher gesundheitsgefährlich ist.

Ein neues Feld nutzbringender Verwendung bot sich jedoch für die Emaille bei der Einführung des Gusseisens. Dieses besitzt die besten Eigenschaften zum Emailiren: eine rauhe Fläche, an der die Emaille außerordentlich gut haftet und ferner eine hohe Schmelztemperatur, welche die so schwer schmelzbare Masse mit dem Gusseisen sehr fest verbindet.

Emailirte gusseiserne Geräthe wurden schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in

den Handel gebracht und haben sich wegen ihrer Billigkeit und bequemen Verwendbarkeit für technische und gewerbliche Zwecke bis heute behauptet.

Aber trotz aller guten Eigenschaften hat das emailirte Gusseisen auch einige Nachteile, und zwar die Sprödigkeit und die Schwere. Bei der Herstellung von Küchengeräthen mußte daher das emailirte Gusseisen dem emailirten Martinstahlblech weichen, denn ein gusseiserner emailirter Topf wiegt das Zehnfache eines solchen aus Blech. Außerdem führt ein unvorsichtiges Hantiren mit dem Eisenkopf leicht einen Krack herbei, was bei einem Blechtopf nicht der Fall ist.

Die Hauptbestandtheile der Emaille sind: Quarz, Feldspath, Flußspath, Schwefelspath, Kalkspath, Baryt, Kronglith, Feuerstein, Kaolin oder Porzellanerde. Diese Bestandtheile sind jedoch an sich selbst sehr schwer oder gar nicht schmelzbar, deswegen muß man sich verschiedener Salze, hauptsächlich des Borax, als Schmelzmittel bedienen. Dieses giebt aber eine farblose, undurchsichtige Masse und wird erst durch Zusätze verschiedener Oxyde farbig und durchsichtig gemacht. Um Glanz zu erzielen, werden Soda, Natron und andere Salze zugesetzt.

Die Billigkeit und die bequeme Verwendbarkeit für alle Arten gewerblicher und technischer Betriebe haben dazu beigetragen, dem emailirten Gusseisen überall Eingang zu verschaffen. Dadurch ist ein bedeutender Industriezweig entstanden, dessen Wiege und Cradle sich in Oesterreich befindet (D. Red.), von wo aus die ganze Welt mit emailirten Geschirren versehen wird.

Fris Hansen.

durch Artikelschreiben, bezweifeln wir. Der Zwang des Eintrittes in die Fabriklassen resp. Ortskrankenkassen, steht dem Zugang neuer Mitglieder hindernd im Wege und darunter leidet gewiß nicht nur unser Beihilfefond. Die freiwillige Leistung eines höheren Beitrages zur Versicherung gegen Krankheit neben dem Verbandsbeitrag, erfordert außerdem bei einem zur Zeit körperlich recht gesunden Menschen bedeutend mehr soziales Verhältnis, als etwa die Leistung eines höheren Verbandsbeitrages über 25 Pf. Seinen Berufsgenossen, die infolge ihrer ungesunden Beschäftigung in verhältnismäßig jungen Jahren der tödlichen Proletariatskrankheit anheim fallen, mit Unterstützung zur Seite zu stehen als Mitglied des Beihilfefonds, das ist wohl anerkennenswert, und wäre zu wünschen, daß wenigstens alle jene, die da halbwegs soziales Verhältnis besitzen, auch Mitglieder würden. Auch ohne, daß man den obligatorischen Beitritt für alle Verbandsmitglieder ganz anders wie heute in seinen Klassenverhältnissen dastehen.

Wohl ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit event. Unterstützung bei Streiks gut und praktisch, in noch höherem Maße aber kann eine Beihilfe bei der Erkrankung des Familienernähmers als notwendig gelten. Arbeitsunfähigkeit desselben wird für die Familie bedeutend mehr Noth und Entbehrung verursachen, besonders wenn theuere Medikamente gekauft werden müssen, als zeitweilige Arbeitslosigkeit.

Zu jetziger Zeit wird dieser Wunsch natürlich nur ein frommer bleiben und die Beihilfemittelglieder müssen in ihrem und ihrer Familien Interesse schon zusehen, daß sie selbst im Stande sind, vorläufig den weiteren Rückgang des Kassenbestandes aufzuhalten.

Die beiden Extrabeiträge in diesem Quartale ohne Widerspruch zu leisten, halten wir für selbstverständlich. Wir haben dieses Frühjahr bei der Erhebung der Extrabeiträge für den Verband keine Stellung genommen, weil die Begründung der Nothwendigkeit der Leistung vom Verbandsverstande u. S. nach vollständig genügt und nicht daran zweifeln, daß die Einhebung glatt durchgehe, ohne daß noch mehr Worte dazu gemacht würden. Weil dies aber nicht so ganz glatt ging als wir vermutheten, deswegen möchten wir als langjähriges Beihilfemittelglied uns heute schon erlauben, die Mitglieder zu ersuchen, der Vorstandsbekanntmachung entsprechend prompt den gestellten Anforderungen nachzukommen und damit zu dokumentieren, daß die Beihilfemittelglieder nicht die Letzten sind, die auch nochmals außergewöhnliche Opfer für eine gute Sache zu bringen wissen.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bekanntmachung für die Mitglieder des Beihilfefonds und die Zahlstellen- kassierer.

Nachdem der Reservefond des Beihilfefonds gegenwärtig auf 9,09 Mark pro Kopf herabgesunken ist, derselbe jedoch nach § 17 des V. N. fortlaufend mindestens 10 Mark pro Kopf betragen muß, hat der Vorstand sich für verpflichtet gehalten, von der ihm nach § 8 Abs. 2 des V. N. zustehenden Berechtigung Gebrauch zu machen. In der Sitzung vom 5. November ist deshalb beschlossen worden, pro 4. Quartal 1901 zwei Extrabeiträge für den Beihilfefond einzufordern. Die Herren Zahlstellenkassierer seien hiermit ganz besonders aufmerksam gemacht, darauf zu achten, daß die Mitglieder des Beihilfefonds pro

4. Quartal 1901 anstatt 13 nur 15 Wochenbeiträge für denselben zu entrichten haben.
J. Schneider, Verbandskassierer.

Aufforderung.

Gemäß § 24 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einzahlung der Abschüsse und Gelder pro 3. Quartal 1901 aufgefördert:

Berlin II, Coburg, Gräfenthal, Großbrittenbach, Ilmenau, Kamen, Martinroda, Neuhaus, Oberkölzig, Oberkölzig, Postkappel, Probstzella, Stendorf, Stanklin, Suhl, Tambach, Tettau, Vilschenreuth, Unterpörlitz, Unterweißbach, Wallendorf.

W. Herden, Verbandskassierer.

Laut § 10 des Verbandsstatuts müssen im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen stattfinden. — Die Verwaltungen werden hiermit ersucht, unter Beachtung der §§ 10 bis 17 des Statuts im kommenden Dezember die Neuwahlen vorzunehmen. — Zur Beachtung diene: der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer werden jeder in einem besonderen Wahlgang vermittelst Stimmzettel gewählt. Für Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern werden außerdem ein Beisitzer und für je weitere angefangene 50 Mitglieder ein Beisitzer gewählt. Die Beisitzer müssen ebenfalls mit Stimmzettel gewählt werden, jedoch kann deren Wahl in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen. — Außerdem müssen 1 bis 3 Revisoren gewählt werden. Eündige Stellvertreter sind im Statut nicht vorgesehen und ist die Wahl von solchen nicht erforderlich. — Unterkassierer können je nach Bedürfnis gewählt werden; Anspruch auf Entschädigung, wie solche den Kassirern mit 4 vSt. zusteht, haben dieselben nicht, jedoch bleibt den Kassirern eine diesbezügliche Vereinbarung überlassen. — In allen Orten, an welchen das Vertrauensmänner-System besteht, sind solche in öffentlichen Versammlungen aufzustellen und dem Vorstand in Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensmänner der am Orte befindlichen Einzelmitglieder ernannt. — Die Versammlung, welche die Verwaltung wählt, hat auch gleich den Organempfänger zu bestimmen. In der Regel empfiehlt es sich, den Kassierer hierfür zu bestimmen, weil demselben öfter Verwaltungsmaterialdruckachen zc. zugesandt werden muß, welches dann dem Organ be-
gelegt wird. —

Wählbar in die Verwaltung sind alle stimmungsfähigen Mitglieder, doch müssen dieselben mindestens drei Monate dem Verbands angehören. (Bei neugegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung.) Jeder Gewährte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet; doch können Mitglieder, welche ein Jahr lang der Verwaltung oder der Revisoren angehört haben, die Wahl für nächstes Jahr ablehnen. Alle Zahlstellenverwaltungsmitglieder sind wieder wählbar. — Die Zeichnung für die Zahlstelle haben der Vorsitzende und der Schriftführer gemeinsam; beide müssen großjährig sein. Das Mitglied der Zahlstellenverwaltung auch Mitglieder des Beihilfefonds sein müssen, ist nicht erforderlich. —

Mit Nr. 47 der Amelie geht den Organempfängern für jede Zahlstelle ein Formular zu, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewährten, deutlich und mit genauer Angabe der Wohnung, einzutragen sind. Dieses Formular ist, von der Verwaltung unterzeichnet, bis spätestens 1. Januar 1902 an den Unterzeichneten einzusenden.

J. Schneider, Verbandskassierer.

89. Vorstandssitzung vom 29. 10. 1901.

An der Sitzung beteiligten sich der Revisor, von den Revisoren Postkappel.

An Stelle des infolge Verzugtes nach Auberhals ausgeschiedenen Vorstandsmittgliedes Tisch ist Gemelle Traus als nächster Ersatzmann einberufen und erschienen. Derselbe wird vom Vorsitzenden in Erwartung rechtlicher Anhaltnahme an den Verbandsgeschäften befreit. — Das Schiedsgericht wünscht Aufklärung in einer Besprechung des Mitgliedes 23 982 Magdeburg wegen Verweigerung der Besetzung-Unterstützung. Beisitzendes Mitglied ist wegen Wohnortveränderung entlassen worden, während die erhöhte Unterstützung nur bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit und Verbandsfähigkeit und bei Streiks nach § 1, Abs. 5 des V. N. gewährt wird. Dem Schiedsgericht soll in diesem Sinne Unterstützung gemacht werden. — Zuschriften von Tettau sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Der Wortlaut des im Organ zu veröffentlichenden Vorstandsbeschlusses zu den Urteilen des Schiedsgerichts in 2115 Schenke und 21726 Meißner zur Zeit in Eisenberg wird festgestellt und genehmigt. — Nach Kenntnisnahme eines Berichtes von Tettau, wonach den bei der Firma Westf. Stang- und Emaillewerk vorm. J. S. Kerkmann beschäftigten Mitgliedern ein Lohnabzug angedroht wird, wird beschlossen, den dortigen Mitgliedern zu gewähren, sich zu weigern, billiger zu arbeiten. — Eine Zuschrift von Tettau wird zur Kenntnis genommen und soll weiterer Bericht abgemangelt werden; ein Antrag auf Rechtschutz wird als aussichtslos abgelehnt. — Von Rannheim wird berichtet, daß Mitglied 22 618 von dem bewilligten Rechtschutz, insbesondere Umstände wegen seines Gebrauches hat machen können. — Eine Zuschrift der Verwaltung in Osterwerda soll entsprechend beantwortet werden. — Die Zahlstelle Tettau beantragt, die Entziehung des früheren Obmannes des Schiedsgerichts Kleinwachter von allen Verbandsämtern; auch dieser Zahlstelle soll empfohlen werden, die ganze Angelegenheit bis zur nächsten General-Versammlung ruhen zu lassen. Der von Tettau beantragte Wiederholungsantrag zur Aufnahme der Arbeit Drucker Kupfer wird mit dreijähriger Straf-Ratenzeit aufgenommen. — Der beantragte Rechtschutz für Mitglied 23 014 Großbrittenbach wird bewilligt. — Mitglied 7239 Unterhans führt den Nachweis, daß die Abrechnung der Ausgabekosten nach § 12 des V. N. nicht gerechtfertigt ist und wird beschlossen, demselben die Ausgabekosten zu bewilligen. — Die Zahlstelle Coburg erhebt Beschwerde gegen den Vorstandsbeschluß, wonach den Beihilfemittelgliedern im Erkrankungsfalle die Beihilfe entsprechend dem Verdienste nach Maßgabe der geleisteten Extrabeiträge zu kürzen ist. Zudem nachgewiesen wird, daß dem Verdienste entsprechend die Beihilfe eventuell nicht gekürzt werden kann, wird beschlossen, daß die zu wenig geleisteten Extrabeiträge nachgezahlt sind. — Das Ansuchen des wegen Beitragsresten und Verweigerung der Extrabeiträge gestrichenen Mitgliedes 2959 Roschendorf, die Streichung aufzuheben, wird verlagert. — Zu dem von der Zahlstelle Tettau beantragten Ausschluß des Mitgliedes 13 963 wird Beschlusfassung verlagert und Recherche beschlossen. — Die beantragte Unterstützung nach § 1 Abs. 5 des V. N. für Mitglied 28 879 Ritterfeld wird abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — An Bericht des Vorstandsvorsitzenden über die finanziellen Verhältnisse wird zur Kenntnis genommen und im Anschluß daran beschlossen, daß im Monat November eine weitere Reise unternommen werden soll, bei welcher die Zahlstellen, die sich jetzigezeit gemeldet, aber bis jetzt keine Berücksichtigung finden konnten, in Betracht kommen. Als Referent wird der Verbands-Vorsitzende bestimmt. — Der Verbands-Kassierer giebt zur Kenntnis, daß derselbe in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden ein Depot über 13 000 Mk. bei der Reichsbank abgehoben habe.

S. Wallmann, Vorsitzender. J. Schneider, Verbandskassierer.

90. Vorstandssitzung vom 5. 11. 1901.

Der Revisor Zahn, von den Revisoren Postkappel und Tettau beteiligten sich an der Sitzung.

Ein Bericht von Tettau ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Der beantragten Erhebung von Zahlstellen in Schmiedefeld bei Schleifungen und Bohren Traus wird zugestimmt, mit der Maßgabe, daß derselbe vom 1. Januar 1902 ab ins Leben treten. — Die erfolgte Streichung der Mitgliedes 2559 Roschendorf wird, nach den diesbezüglichen Erklärungen des betreffenden Mitgliedes, ausnahmsweise aufgehoben. — Das Mitglied 27 628 Wernher wird auf Antrag der Zahlstelle Schwelm nach § 5 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Das Mitglied 1054 Tettau behauptet, an dem früheren Kassierer Gerde, Magdeburg, für 5 Wochen Beiträge gezahlt zu haben, welche im Quittungsbuch allerdings nicht abgeschrieben und von Gerde mit unterschrieben worden sind. Mitglied beantragt, daß ihm diese Beiträge als „gewährt“ anzurechnen werden. Dies wird abgelehnt, und soll demselben überlassen bleiben, das Geld von Gerde zurückzufordern, eventuell strafrechtlich gegen diesen vorzugehen. — Dem Mitgliede 28 770 Ritterfeld wird, auf dessen Ansuchen, durch die Zahlstelle, die

Strafstrafezeit um 1 Jahr verkürzt. — Ein wiederholter Antrag der Zahlstelle U I Wasser, dem Mitgliede 33 die Jahreskosten von Gernsdorf nach U. zu gewähren, wird wiederum abgelehnt, indem die Voraussetzungen des § 11 des U. A., wonach Jahreskosten nur durch Entleeren eines neuen Arbeitsplatzes gewährt werden, fehlen. — Ein Antrag der Zahlstelle Charlottenburg, eine bestimmte Summe aus Verbandsmitteln zum Bau des neuen Gewerkschaftshauses zu gewähren, wird abgelehnt, indem die statutarischen Bestimmungen einer Bewilligung entgegen stehen. — In Folge eines neuerlichen Klaffenbesitzes und herrschender Streitfragen innerhalb der Zahlstelle Rosa u. hatte das Bureau es für notwendig befunden, einen Antrag, zu einer außerordentlichen Versammlung einen Vorstandsvorsteher zu entsenden, durch Delegation des Schriftführers zu entsprechen. Derselber geht zur Kenntnis, daß in Bezug auf die inneren Verhältnisse eine Verständigung herbeigeführt worden ist; eine vorgenommene Revision der Bücher und Kasse ergab ein Defizit von 133,51 Mk. Bezüglich des Defizits liegt eine Erklärung des Zahlstellenkassiers vor, daß dasselbe innerhalb einer Woche gedeckt würde. Mit der Delegation an sich erklärt sich der Vorstand nachträglich einverstanden. — Differenzunterstützung für die Mitglieder 11 221 und 20 234 in Stadtlengsfeld wird abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — Ein längerer Bericht von U H I St. wird zur Kenntnis genommen; in demselben wird dem Verbandschriftführer eine Neuerung in den Mund gelegt, welche derselbe anlässlich seines Vorlesens im März d. J. verbreiten haben soll. Der Schriftführer erklärt diese Behauptung als eine grobe Unwahrheit und ist diese Angelegenheit für den Vorstand damit erledigt. — Schiedling, Schwarz a wird in Berücksichtigung besonderer Umstände mit 1 Jahr Straffreiheit aufgenommen. — Die Mitglieder 3910 und 3994 Roschendorf sollen bestimmte Angaben darüber machen, in welcher Weise dieselben den Bestimmungen des § 10 U. A. Rechnung getragen, ehe denselben weitere Unterstützung angewiesen werden kann. — Das Resultat der allgemeinen Mitgliederabstimmung über den Antrag Rosa u. die Erhöhung der Verbandsbeiträge betreffend, wird zur Kenntnis genommen; die Abstimmungsergebnisse der einzelnen Zahlstellen sollen im Organ veröffentlicht werden. — Auf Anregung wird ein früherer Beschluß erneuert, dahin gehend, daß der Verbandskassier berechtigt ist, in der Zahlstellen Revisionen oder Rekontrollen anzuordnen oder selbst auszuführen, sofern ihm dies notwendig erscheint.

Beihilfefond. Aus einem Bericht des Verbandskassiers geht hervor, daß das Vermögen unter dem § 17 U. A. festgesetzten Mindestbetrag pro Kopf herabgesunken ist, so daß es notwendig erscheint, von der im § 3 U. A. dem Vorstand zustehenden Berechtigung Gebrauch zu machen. Es wird demzufolge beschlossen, pro 4. Quartal 1901 zwei Extrabeiträge einzufordern.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Berichtigung. Die Zahlstelle Zell wünscht das in Nr. 42 der „Ameise“ veröffentlichte Resultat der allgemeinen Mitgliederabstimmung dahin richtig gestellt, daß in Beantwortung der Frage 1 nicht 30 Stimmen dafür, sondern dagegen gewesen sind. Der Irrthum ist durch unrichtige Rubrizierung der Stimmenzahl bei Ausfüllung des Formulars entstanden.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

Berichtigung. In den Quittungen des Verbandskassiers (vorige Nummer) soll es in der Rubrik: „Von der Hauptkasse im 3. Quartal 1901 zurückgezogen“, in der 7. Zeile nicht Hamm, sondern „Hausen 250 Mark“ heißen.

Aus unserm Berufe.

— Die Mitgliederabstimmung über die Erhöhung der Verbandsbeiträge um 5 Pf. (beantragt von den Zahlstellen Bonn, Eisenberg, Emmerich, Golha, Kahla) hat, wie in voriger Vorstandssitzung mitgeteilt wurde, eine die Beitragserhöhung ablehnende Antwort erhalten. Es stimmten bei der Frage: „Sollen die Verbandsbeiträge vom 1. Oktober 1901 ab pro Woche und Beitragsstufe um 5 Pf. erhöht werden?“ 581 Mitglieder dafür, 2171 dagegen, 36 enthielten sich der Stimme. Für Zurückstellung dieser Frage bis zur nächsten Generalversammlung stimmten 1760 Mitglieder, dagegen 952, der Stimme enthalten haben sich 107 Mitglieder.

— In Ahlen (Westf. Stanz und Email-Strerwerke, U. G., vorm. J. H. Kerkmann), glaubten die Maler eine geplante Lohnreduktion von 10—15 pSt. nicht ohne Weiteres hinnehmen zu sollen. Sie versuchten mit der Direktion zu unterhandeln und rechneten dabei auf ein anständiges Entgegenkommen, wie sie es bislang gewöhnt waren. Leider sind sie in ihren Erwartungen getäuscht worden. Die am 6. 11. in der Druckerei und Malerei ausgegebenen Preislisten ergaben nicht nur eine Reduktion bis 15 pSt., sondern es kommen diverse Artikel zu einer solchen bis 50 pSt. Die Maler erbaten sich nun, einzelne Muster, ohne merkliche Minderung ihrer Güte, zu vereinfachen und dabei einen halbwegs Ausgleich mit der Reduktion zu versuchen. Dabei kamen sie aber bei dem Direktor nicht an, der meinte: Mit den reduzierten Preisen könnten sie ganz gut auskommen.

Es wurde den Malern aber anheim gegeben, ihrerseits eine Preisliste aufzustellen, was sie unter Berücksichtigung aller billigen Gründe thaten. — Am 9. 11. jedoch wurden die Lohnlisten abgegeben und dabei bemerkt, daß an den neun von der Direktion aufgestellten Preislisten nichts geändert wird.

Während der ganzen Unterhandlungen sollen nun seitens des Direktors Beleidigungen gegen die Arbeiter gefallen sein; auch ein kleiner Streik auf die Organisation, und werden die Beleidigungen den Arbeitern wohl allerdings eine andere Meinung von dem „anständigen Entgegenkommen“ beigebracht haben. Daß auch bei der Sache wieder mal ein Oberer, der Obermaler N. sich bemerkbar durch Beleidigungen der Arbeiter machte, wundern uns nicht, das ist einmal so der Brauch solcher Herren. Hoffentlich wissen aber die Arbeiter ihre Ehre noch zu wahren und verlangen Genugthuung.

Es haben nun die Maler, 8 an der Zahl, ihre Kündigung eingereicht und weil die Firma jedenfalls Ersatzkräfte suchen wird, hat der Vorstand die Sperre über obige Firma verhängt, was alle Kollegen gut beachten mögen.

— In Stadtlengsfeld wird nach Mittheilung von dort (siehe vorige Nummer) bei den Drehern zwar beschränkt gearbeitet, bei den Malern scheint es jedoch gut zu gehen und kann die Arbeit durch Ueberarbeit anscheinend nicht bewältigt werden. Es geht das aus einem Besuch der „Porzellanfabrik Stadtlengsfeld M. Schweizer“, worin Maler verlangt werden, hervor.

Der Herr Direktor Grimm (ein Desterreicher), äußerte anlässlich des großen Krachens, bei dem das deutsche Koalitionsrecht für unsere dortigen Porzellaner in die Brüche ging, zu einem böhmischen Kollegen: „Aus Gurer Gegend kommt mir keiner wieder ins Quartier.“ Na, als Arbeitswillige, die auf das Koalitionsrecht pfeifen, hat er ja recht bald eine Anzahl seiner Landsleute bekommen, er hat sie jedenfalls mit offenen Armen ins „Quartier“ genommen.

Und, o Fronte des obigen Ausspruchs, jetzt sucht die Fabrik Maler nicht in deutschen Blättern, sondern in der „Karlsbader Volkszeitung“. Da will man Ausländer heranziehen, die willig und event. auch billig sich in die Anordnungen eines schneidigen Direktors fügen, während man wegen der Landesverweisung eben solchen Ausländers resp. Landmannes, der eben nicht tanzen wollte wie man pfeift, mehr wie einem Schritt an gewisse Stellen that. In Deutschland ist Stadtlengsfeld ja auch zur Genüge bekannt geworden. Vor Jahren schon lenkte es die Aufmerksamkeit der Porzellaner durch die billigsten Kaffee- u. Service und nicht minder durch die schon früher beliebten direktorlichen

Liebenswürdigkeiten auf sich. Trotz eines humanen Chefs. Und weil in dem Informat der „Karlsbader Volkszeitung“ ebenfalls der schöne Spruch von dem „seinem Verband angehören“, enthalten ist, so hoffen wir, daß der Zugzug von dort her doch nicht gar so groß sein wird, zumal die „Solidarität“ die Stadtlengsfelder Fabrik ebenfalls als gesperrt auführt.

„In der Stadtlengsfelder Fabrik wird nie Ruhe werden“, ist ja dem Herrn Direktor von Arbeitern J. St. gesagt worden und das hat ihm gewaltig aufgeregt; jetzt glauben wir beinahe auch, daß Ruhe dort, trotz den „schönen Wohlfahrtsrichtungen“ so lange nicht herrschen wird, bis den Arbeitern die Ausübung ihres gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes nicht mehr unterbunden wird. — Drei Ruah will i hab'al Da läßt der Herr Direktor Arbeitswillige in Böhmen suchen, sie werden ihm Ruhe bringen!

— Zur Lichtgeldfrage gehen nun doch so nach und nach Mittheilungen aus dem und jenem Orte ein, so daß wir diesen Winter doch vielleicht noch eine kleine Uebersicht erhalten darüber, wie weit noch die Unsitte des Lichtgeldzahlens verbreitet ist.

In Rudolfsstadt, Volksstett und Schwarz a ist in den dortigen Porzellanfabriken die Sache insofern geregelt, daß das Licht von den Arbeitern nicht mehr bezahlt zu werden braucht. Theils giebt es gratis Petroleum oder es erhalten die Arbeiter für das Besorgen des Lichtes wöchentlich eine Entschädigung.

In Tiefenfurt ist es anders. In der Steinmann'schen Fabrik müssen sämtliche Altkorbarbeiter sich ihr Licht selbst besorgen, während die Tagelöhner dasselbe gratis erhalten. In der „Silesia“ ist elektrisches Licht eingeführt und haben sämtliche Altkorbarbeiter im Winterhalbjahr, wo Licht gebrannt wird, pro Woche 20 Pf. zu zahlen. Die Tagelöhner zahlen nichts. In der Donath'schen Fabrik haben sich die Altkorbarbeiter (außer Druckerei und Schmelzerei, wo auch im Altkor gearbeitet wird) ihr Licht selbst zu stellen. Tagelöhner erhalten es gratis.

Auch in der Malerei von W. Schulz müssen die Maler, die in Altkor arbeiten, ihr Licht selbst kaufen.

In Hüttensteinach und zwar bei der Firma Schönan, glaubten wir nach dem „Eingesandt“ in der Sonneberger Zeitung, wovon wir in Nr. 37 u. A. Notiz nahmen, zum mindesten in Bezug auf die Beleuchtung alles im besten Ordnung. Das heißt, daß die Arbeiter dieselbe gratis erhalten. Das ist aber nicht der Fall, indem die Buntmaler, die von 7 bis 7 Uhr arbeiten, sich ihr Licht selbst stellen müssen, die Dreher und Blau-maler arbeiten momentan nur von 8—4 Uhr und sind da mit dem künstlichen Licht schön raus. Stanzler, Brennhausarbeiter, sowie alle die im Taglohn arbeiten, gentegen die Beleuchtung (die nach jenem „Eingesandt“ ja wohl elektrisch ist) gratis.

Bei der Firma Swatne arbeiten sämtliche Maler zur Zeit nur beim Tageslicht, die Dreher arbeiten von 7—7 Uhr, müssen aber ihr Licht bezahlen. Die Stundenlohnarbeiter erhalten freie Beleuchtung.

Nach alledem kann man nicht sagen, daß in der Unsitte des Lichtbesorgens und Zahlens etwa eine große Umwälzung stattgefunden und bei dem Unternehmer sich die sozialpolitische Einsicht in der Richtung auf die Auslegung der Gewerbeordnung, ausgedehnt hätte. Nun, sie können das wohl auch gut so weiter, wie seit langen Jahren, gehen lassen, wenn die Arbeiter am Ende noch gerne ihr „Licht“ in der Weise leuchten lassen und bezahlen. Das

Interesse an der endlichen Abschaffung der Unsitte zu werden, durch Namhaftmachung und Gegenüberstellung aller der Geschäfte, die das Licht gratis liefern oder es sich von den Arbeitern bezahlen lassen, wollten wir; es wird uns anscheinend aber nicht gelingen, da die Mehrzahl der Kollegen uns dabei im Stich läßt. Sogar von den Fabriken der Berliner Umgegend erfährt man nichts; ob man sich am Ende genirt mitzutheilen, daß auch soz. da das „bischen Licht“ bezahlt werden muß?

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Den Buren durch den Boykott der englischen Frachtkämpfer seitens der Dockarbeiter zu Hilfe zu kommen, planen die holländischen Dockarbeiter. In voriger Nummer brachten wir die Ansicht des „Correspondenzblattes“ darüber. Inzwischen hat der Vorsitzende des deutschen Seemanns-Verbandes, B. Müller, im „Vorwärts“ Stellung hierzu genommen. Er bezeichnet den Plan als eine Utopie. Obwohl der Plan ideal, moralisch gut sei und volle Sympathie verdiene, sei er doch praktisch undurchführbar. Die Hauptbedingung: Eine starke Organisation der Hafenarbeiter fehle, ebenso würden die Unsummen von Unterstützung, wie überhaupt die Einigkeit der Dockarbeiter der diversen Länder fehlen. An eine Mitwirkung der englischen Arbeiter sei kaum zu denken; dieselben würden vielmehr, falls der Plan verwirklicht werden sollte, sich in den verschiedenen Hafenorten des Kontinents stationieren lassen, um so den englischen Handel und Verkehr nothdürftig aufrecht zu erhalten. Auch sonst würde es bei der jetzigen wirtschaftlichen Krise an „Streikbrechern“ nicht fehlen. Die holländischen Arbeiter, Kaufleute etc. würden diese Gelegenheit benutzen und sich mit ihren englischen Kollegen solidarisch erklären, um den Kampf auf der ganzen Linie anstatt mit den Arbeitern gemeinsam, gegen die Arbeiter entbrennen zu lassen. Er würde ihnen eine willkommene Gelegenheit geben, Verträge mit den Arbeiterorganisationen zu brechen und eventuell Lohnreduktionen vorzunehmen. Der Plan würde wohl niemals zur ernstlichen Diskussion gestellt werden sein, wenn vorher auf einer internationalen Konferenz eine gründliche Aussprache der in Frage kommenden Organisationsleitungen stattgefunden hätte.

Wir meinen auch, daß die Arbeiter die Finger von einem solch' gewaltigen Unternehmen, der englischen Schifffahrt hemmend in den Weg zu treten, lassen sollten. Wir glauben noch nicht mal, daß die holländischen Dockarbeiter richtig Stange in dem Kampfe halten würden.

Die holländischen Steingutarbeiter wenigstens, die in Begleit, Staffel und auch in anderen rheinischen Orten als „überaus nützliche Elemente für den Staat“ und noch nützlicher für die Unternehmer aufstauten, lassen einen solchen Schluß zu.

Es werden öfter nur Sympathieerklärungen losgelassen für Kämpfe, die viel leichter durchzuführen waren. Die Sympathie der Arbeiterschaft haben sicher die tapferen Buren, strecken wir uns nach der Decke und lassen es dabei bewenden.

— Der Sandschuhmacherverband steht sich gezwungen, die Beiträge von 45 auf 60 Pf. wöchentlich zu erhöhen. Vorstand und Ausschuss begründen dies damit, daß durch die vielen Arbeitslosen, ausgesperrten und streikenden Mitglieder die Kasse sehr in Anspruch genommen wird. Bis zu 15 pCt. der Gesamtmitglieder sind zeitweise aus obengenannten Gründen zu unterstützen gewesen. Die Organisation führt einen harten Kampf

mit dem Unternehmertum, das glaubt, die Zeit sei gekommen, um den Verband durch Drangsalierungen zu sprengen.

— Eine Abstimmung im Sattlerverbande, die namentlich zu dem Zwecke stattfand, die Stimmung der Mitglieder bezüglich der Frage einer Beitragserhöhung, so wie ihre Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung kennen zu lernen, führte zur Annahme der ersteren, aber Ablehnung der letzteren. Von 3328 Stimmberechtigten stimmten 1980, also 59,49 pCt. ab. Für die Beitragserhöhung stimmten 79 pCt., dagegen 21 pCt. An der notwendigen Zweidrittel-Majorität für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung fehlten 132 Stimmen, immerhin betrug die Anzahl der für eine solche Unterstützung Eintretenden weit über 50 Prozent der Abstimmenden.

— Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter hängt wie ein Damoklesschwert über Frankreich. Die neuesten Nachrichten darüber besagen: Noch ist der Generalstreik nicht erklärt, aber jeden Tag ist zu erwarten, daß der Generalsekretär Cotte den Ruf an die französischen Bergleute erlassen wird, ihre Arbeit niederzulegen. Zweifellos ist die Verantwortung Cottes eine große, und er scheint vor diesem Schritt zurückzuschrecken. Mittlerweile sind schon in einzelnen Orten, so in Dourges, partielle Streiks zum Ausbruch gekommen. Doch haben die Bergleute von Dourges die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Das Förderationskomitee des Pas de Calais hat am vergangenen Sonntag wieder in Lens eine Sitzung abgehalten. Es wurde ein Aufruf an die Bergarbeiter des Kohlengebietes erlassen, in welchem diese aufgefordert werden, sich zum Streik bereit zu halten, aber nicht eher die Arbeit niederzulegen, als der allgemeine Ruf erfolgt. Im übrigen werden sie dringend ermahnt, vollständige Ruhe zu bewahren. — Samendin, der französische Delegierte beim Internationalen Komitee, hat sich an den Sekretär desselben, an den Engländer Picard gewandt und ihn um Einberufung einer Sitzung des Internationalen Komitees ersucht. Picard hat darauf geantwortet, daß er sich erst mit dem Englischen Komitee besprechen müsse. Es ist bekannt, daß die französischen Bergleute im Falle eines Generalstreiks nicht viel auf die Unterstützung ihrer Kollegen anderer Länder zu rechnen haben werden. — Mittlerweile legt die Regierung ihre Vorichtsmaßregeln fort. Auch nach dem Pas de Calais ist jetzt Militär entsandt worden; die Cafés und Restaurants müssen schon zu einer frühen Stunde schließen. — Im Loire-Beckel bleibt das Verbot des Waffenverkaufs aufrecht erhalten, obgleich die Gewehrhändler von Saint Etienne nachgewiesen haben, daß von den 40 000 Gras-Revolvern, die sie im Laufe des Jahres verkauft haben, nur etwa 20 nach Montceau gingen.

Versammlungsberichte etc.

Bericht der Konferenz des fünften Agitations-Bezirks. Am 27. Oktober tagte eine öffentliche Vertrauensmänner-Konferenz im Gewerkschaftshause in Dresden.

Vertreten waren außer Dresden noch zehn Orte mit je einem Vertrauensmann, und zwar: Bischofswerda, Golditz, Döbeln, Ramenz, Lauter, Margarethenhütte, Meißen, Rössen, Patschappel und Radeberg. Die Tages-Ordnung lautete: 1. Berichterstattung der Agitations-Kommission und der Agitations-Vertrauensmänner. 2. Berathung über eventuell vorzunehmende Gesamttagitation. 3. Beiträge. 4. Verschiedenes. Siebold-Dresden

eröffnet um 11 Uhr 25 Minuten die Konferenz und heißt die Schienenarbeiter willkommen, indem er auf den Bericht der persönlichen Aussprache, das Inverbindungtreten und der gemeinsamen Arbeit aufmerksam gemacht. Nachdem das Bureau konstituiert, tritt man in die Tages-Ordnung ein, wozu Gen. Jahn-Dresden das Wort erhält. Jahner betonte vor Allem, daß die mißlichen Verhältnisse innerhalb der Organisation zum großen Theil mit Schuld seien, wenn die agitatorische Arbeit nicht so von Statten ginge, wie es eben wünschenswerth sei. Der allgemein kluge Geschäftsgang trage noch das Seinige dazu bei. Aus diesem Grunde hat auch das geplante Sommerfest im Bezirk auf später verschoben werden müssen. Doch habe die Agitations-Kommission die Hände nicht in den Schoß gelegt. Man habe Fühlung zu nehmen versucht in Orten, wo verwandte Industrie vertreten, zum Theil mit Erfolg, so in Lauter, wo man in Unterhandlung getreten ist wegen einer Zahlstelle. Ein besonders schwieriges Feld ist die Agitation unter den Heimarbeitern, auch hier soll versucht werden, diesen Leuten die Organisation verständlich zu machen. Es liege deshalb der Konferenz ein Blatt vor, welches als Einleitung zu einer Gesamttagitation im Bezirk dienen soll. Die Versammlungen in den einzelnen Zahlstellen hätten sich vermehrt, indes wäre die Berichterstattung darüber eine sehr mangelhafte. Jahn macht die Vertrauensleute auf die wichtigsten Bestimmungen aufmerksam und wünscht, daß der Hauptvorstand zu diesem Zweck gedruckte Anweisungen an die Zahlstellen ausliefe. Siebold geht besonders auf die Dresdener Verhältnisse ein, er sagt, daß sonst Dresden an erster Stelle in puncto Extrabeiträge gestanden hat, es sei von 1894 ein Rückgang von rund 150 Mitgliedern zu verzeichnen. Die jetzige Krise trägt noch viel dazu bei, so seien die Steingutdreher auf nur zwei Drittel ihres Durchschnittsverdienstes gesetzt worden. Der Versammlungsbesuch sei ebenfalls ein mißlicher gewesen, trotzdem es die Kommission an nichts habe fehlen lassen. Reilhauer berichtet von Patschappel: Sie seien 60 Mitglieder, es haben vergangenes Jahr 6 Versammlungen stattgefunden, welche gut besucht waren. Die Agitation von Münd zu Münd sei die geeignetste, auch in den schwierigsten Fällen der Organisation wieder Mitglieder zuzuführen. Runze meldet von Margarethenhütte, daß die Mitgliederzahl gestiegen, sie beträgt jetzt 34, die Löhne seien ebenfalls bessere geworden, was wohl der letzten erfolgreichen Lohnbewegung zuzuschreiben sei. Sieber-Ramenz klagt über schlechte Fühlung mit den Kollegen. Versammlungen haben 4 stattgefunden, aber nur im Verein mit anderen Bezirken; er hofft, daß es nächstens besser werde. Lindner-Golditz sagt, die Einführung von Werkstattvertrauensleuten habe seine Zahlstelle abgelehnt. Die Mitgliederzahl sei auf 110 gestiegen. Für Lichtgeld wird jede Woche 15 Pf. gutgeschrieben. Vom schlechten Geschäftsgang hätten sie nicht viel verspürt, es würden sogar Ueberstunden gemacht. Des Weiteren streift er die Lohnifferenzen bei der Firma Bichau und klagt, daß sie der Hauptvorstand dabei in ein schlechtes Licht gestellt habe. Otte-Rössen berichtet, sie seien 11 Mitglieder. Versammlungen hätten stattgefunden in Verbindung mit Metallarbeitern, da ein Emailwerk am Orte sei. Von Döbeln sagt Gen. Jahn, daß nicht viel zu berichten sei. Eine Lichtgeldfrage gäbe es überhaupt für sie nicht, auch wären sie zu schwach, große Agitation zu treiben. Besonders verwahrt sich Jahn gegen die Anstwachlerischen Anzuspungen. (Soll doch wohl „Oberhäusener“ heißen? D. Red.) Von Rössen hat Ehlens ebenfalls nicht viel

zu berichten. Mitglieder sind jetzt 72, die
Berichtvertrauensleute sind, als nicht not-
wendig, abgelehnt worden. Die neue Geschäfts-
lage und nicht zum Mindesten die letzten Vor-
kommnisse in unserem Verband seien als Gemis-
nis für die agitatorische Arbeit zu betrachten.
Auch die neuesten Ereignisse in unserer Or-
ganisation könne er nicht als diplomatisch be-
zeichnen. Es fehlten die Mittel zur kräftigen
Agitation, die 5 pCt. langten nicht aus. Man
habe alle Kräfte eingesetzt, um das zu erhalten,
was zu erhalten war. Forter-Bischofsberda:
Er habe viel Mühe gehabt, durch die letzten
Vorstellungen im Verband, die Mitglieder zu
erhalten. Die Arbeitszeit sei beschränkt, der
Verdienst ist 16—24 Mk. pro Woche. Kloß-
Bauter berichtet, sie seien 12 Mitglieder, der
Geschäftsgang sei ein flotter zu nennen. Die
Anspruchselbstigkeit sei hier sehr groß, man ver-
diene hier 2,80 Mk. pro Tag. Die Arbeits-
zeit beträgt 12 Stunden. In neuerer Zeit
hätten sich die Lohnverhältnisse etwas gebessert,
es werden jetzt 18—25 Mk. pro Woche ver-
dient. Aus Radeberg wird berichtet, daß die
Verhältnisse schlecht seien, die Leute müssen
8—14 Tage aussetzen. Gen. John resumiert
die verschiedenen Berichte, überall spiele die
Krise eine vorherrschende Rolle, jedoch dürfe
deshalb die Agitation nicht erlahmen; wenn
die Mittel dazu nicht mehr ausreichen, so
müsse der Vorstand helfend eingreifen. Auch
der Rückgang der Mitgliederzahl sei größer
als es scheint. Er bedauert ferner, daß der
Beschluss der letzten Konferenz in Meissen, die
Einrichtung von Bezirkslegirten in den
verschiedenen Orten gescheitert ist. Auch sei
in Bauter der Verdienst bei 12 stündiger
Arbeitszeit kein hoher zu nennen. Weiter
beantragt er, daß die Bestimmungen für Ein-
theilung des Verbandsgebietes in Agitations-
bezirke vervollständigt und den Agitations-
Vertrauensmännern übermittelt werden; die
Arbeit hat die Agitations-Kommission aus-
zuführen. Dieser Antrag ist einstimmig an-
genommen worden. Im Anschluß an die
Meinung des Gen. Thieme, daß der 5 pCt.-
Fond nicht ausreichen kann und dafür etwas
anderes geschaffen werde, damit die agitatorische
Arbeit nicht leiden brauche, entspinnt sich eine
längere Debatte, in welcher man die Frage
der Agitationskommission zur Berücksichtigung
überweist. Beim 2. Punkt der Verhandlung
kommt John nochmals auf das Flugblatt zu
sprechen, welchem auch Beitrittserklärungen bei-
gegeben seien. Man solle sich wegen der
geschäftlichen Krise nicht abhalten lassen zu
agitieren, ja, man könne dieselbe der Agitation
mit zu Nutze machen, die Indifferenten darüber
aufklären. Mitglied Hahn sagt: Die Kon-
ferenz sei nicht in der Lage, grundlegende
Maßnahmen vorzunehmen, wir hätten zu wenig
Macht und Mittel, man müsse agitieren, die
General-Versammlung dahingehend zu beein-
flussen; das Wort Krise sei nur ein Verlegen-
heitsausdruck in der agitatorischen Arbeit. Auch
Thieme schließt sich dem Vorredner an und
wünscht, daß besoldete Bezirksleiter oder Rehn-
liches geschaffen werde. Zu dieser Frage sind
von Otto folgende Vorschläge gemacht: „Um
die Organisation und Agitation besser zu ent-
wickeln, möge die heutige Konferenz des fünften
Agitationsbezirks beschließen, daß erstens der
Verbandsvorstand das Gebiet des deutschen
Reiches in zweckentsprechender Weise in Gane
einteilt und alle Zahlstellen ihrem Gau zu-
stellt. 2. Die Leitung der Verbandstätigkeit
liegt dem Gauvorstand ob. Die Wahl
dieser erfolgt durch die Mitgliederversamm-
lung derjenigen Zahlstelle, welche vom Vorstand
als Vorort des Gaues ernannt wird. 3. Die
Gauvorstände haben die Aufgabe, die Wahlen
zur Generalversammlung vorzunehmen und aus

ihrer Mitte von den Vertretern der Zahlstellen
des Gaues auf je 250 Mitglieder einen Dele-
gierten zu wählen. 4. Die Gauvorstände haben
die Aufgabe, nach Verständigung mit dem Ver-
bandsvorstand die Agitation für den Verband
in ihrem Gau zu betreiben, ferner die Lohn-
bewegung und Interessen des Verbandes zu
wahren. Dem Vorstand auf dessen Ansuchen
Informationen über die Vorgänge und Ver-
hältnisse in den Zahlstellen der Gaue zu er-
teilen, sowie entstandene Revisionen einzelner
Zahlstellen auszuführen. 5. Für die erwachsenen
Auslagen für Agitation und Verwaltung hat
der Verbandsvorstand den Gauvorständen von
den Zahlstellen des Gaues entfallenden 15 pCt.
5 pCt. zur Verfügung zu stellen. Sollten die
5 pCt. zur Erfüllung der Ausgaben der Gau-
vorstände nicht reichen, so hat dieser einen
Antrag auf Zuschuß unter Beifügung einer
mit Kostenanschlag versehenen Erklärung über
die geplante Agitation u. s. w. an den Verbands-
vorstand einzureichen. Zu diesen und ähnlichen
Vorschlägen wurde von Seebald betont, daß
die Konferenz laut Reglement für die Agitation
kein Recht habe, sich mit Sachen zu befassen,
welche in die Generalversammlung gehörten.
Die Hauptsache sei die, daß wir in den ver-
schiedenen Fragen uns klar werden, wie wir
am besten für die Organisation wirken und
agitieren, wie ihr neue Mitglieder zugeführt
werden können. Er müsse gegen Berathung
derartiger Anträge entschieden Einspruch erheben,
dieselben gehören in die Zahlstellen und nicht
auf die Konferenz. Thieme beantragt, ein
weiteres Flugblatt im nächsten Frühjahr her-
auszugeben, was auch angenommen wird.
Ferner sind Anträge von Meissen, Döbeln und
Potschappel gestellt, welche besagen, dahin zu
wirken, daß die Wahlkreise derart eingetheilt
werden möchten, daß es nur einfache Wahl-
kreise gäbe. Es soll vermieden werden, daß
kleine und mittlere Zahlstellen von den größeren
majorisiert werden. Sämtliche Anträge werden
an die Zahlstellen zurückverwiesen, indem sich
die Konferenz damit nicht zu befassen hat.
Ein Antrag Bindner verlangt, die seiner Zeit
zugeordnete Referentenliste dahin zu ergänzen,
daß diejenigen Redner, welche angeben können,
an welchen Wochentagen es ihnen am besten
paßt, besonders benannt werden. Der Antrag
wird der Kommission zur Berücksichtigung über-
wiesen. Das Mitglied Jaugle bittet die
Konferenz ums Wort, da er nicht Vertrauens-
mann ist. In längeren Ausführungen legt
er die misslichen Verhältnisse in der Glas-
malerei dar. Vor Allem beklagt er sich, daß
die Interessen der Glasmaler von Seiten des
Gauvorstandes nicht in genügender Weise
gewahrt wurden, er empfinde es gewissermaßen
als eine Zurücksetzung. Zu diesen Ausfüh-
rungen ist von Seiten Sieber-Kamenz ein
Antrag eingereicht, welcher lautet: „In Er-
wägung, daß sich die Arbeitsverhältnisse in
den weitaus meisten Glasmalereien im letzten
Jahrzehnt: 1. durch eine verwerfliche kapitalis-
tische Produktionsweise und 2. durch ein lazes
Verhalten der Kollegenschaft der ersteren gegen-
über, damit diese noch unterstützend, immer
schlechter und schlechter gestaltet haben, daß
dadurch unser im Grunde schöner Beruf uns
tunmehr mehr zum Elend geworden ist, sieht sich
die Zahlstelle Kamenz genötigt, die Vertrauens-
männer-Konferenz zu veranlassen und ihr an-
heim zu geben, über Mittel und Wege zu
berathen, um diesem Zustande so bald wie
möglich ein Ende zu machen, resp. zu diesem
Behufe mit den Agitations-Kommissionen
anderer Bezirke, in denen Glasmaler in größerer
Zahl vorhanden sind, in Verbindung zu treten,
um dadurch vorerst eine Agitation im größeren
Stille einzuleiten“. Auch dieser Antrag fand
Annahme und wurde der Kommission über-

wiesen. Weiter hat Gen. Hahn eine Resolu-
tion vorgelegt, welche lautet: „Die heute am
27. Oktober in Dresden stattfindende Konfe-
renz der Agitations-Vertrauensmänner des
5. Bezirks erblickt in dem Vorgehen der größe-
ren Anzahl der Oberhausener Kollegen in puncto
der Angelegenheit des Prozesses gegen die
geldhungerigen Erben By's, denen insbeson-
dere der frühere Obmann des Schiedsgerichts
Kollege Kleinwächter in ganz unverantwortlicher
den Verband schwer schädigender Weise helfend
beigesprungen ist, eine ganz außergewöhnliche
Ignorirung aller demokratischen Prinzipien,
sie verurtheilt vom Standpunkte des Rechts
und einer ersp. Agitation eine der-
artige Sonderbündelei und einer eingebildeten
Machtvollkommenheit und spricht der Zahlstelle
Döbeln ihre Zustimmung zu dem von ihr
beantragten Ausschluß aus unserer Organi-
sation von Kleinwächter und Genossen aus“. Zu
dieser Resolution giebt Hahn einen Rück-
blick über den Kampf ums Vermögen. Wie
By noch bruchlerisch dem Verband glückliches
Gedeihen gewünscht habe und wie er wohl
aber bei sich gedacht habe: „nach mir die
Stinckhuth“ und Kleinwächter unterhandelt
hinter dem Rücken der Organisation mit den
Erben. Jedes andere Mitglied, daß sich etwas
zu Schulden kommen lasse, das vielleicht in
Unwissenheit oder Noth gegen die Verbands-
interessen verstoße, wird bestraft. Er könne
nicht glauben, daß eine solche Handlungsweise
eines Mitgliedes, wie sie hier vorliege, straf-
frei ausgehe. John bittet Hahn, diese Re-
solutions zurückzuziehen, die Konferenz könne
sich damit nicht befassen, auch seien praktische
Gründe hierfür maßgebend. Dieser Ansicht
schließen sich Thieme, Kurze und auch Keil-
hauer an. Die Konferenz lehnte die Resolu-
tion ab und erklärte sich damit einverstanden,
daß der Vorstand die Angelegenheit an die
nächste General-Versammlung verwiesen hat.
Da Genosse Hahn mit dieser Erledigung der
Resolution nicht einverstanden war und deshalb
die Konferenz verlassen wollte, erklärte der
Vorsitzende, daß die Konferenz nach wie vor
die vollste Sympathie für die Zahlstelle Döbeln
hege, womit sich Genosse Hahn befreitig er-
klärte. Von Keilhauer liegt noch ein Antrag
vor, welcher verlangt, daß das Protokoll der
heutigen Konferenz innerhalb 14 Tagen im
Verbandsorgan zu veröffentlichen sei, es würde
dem zugestimmt. Mit einem kräftigen Schluß-
wort auf das Gedeihen und die Entwicklung
des Verbandes, sowie für zweckentsprechende
Vertheilung der Flugblätter Sorge zu tragen,
schließt Genosse Seebald gegen 1/2 5 Uhr die
Konferenz.

Berlin II. Die Versammlung vom 2. November
beschließt die Anschaffung des Handbuchs von Wurm
und des Bollshandbuchs von Schippel, letzteres in zwei
Exemplaren und können die Mitglieder die bereits er-
schienenen Broschüren jeden Sonnabend im Vereinslokal
vom Kassirer geliehen erhalten. Der Kollege Albert
Schulz wird hiermit nochmals aufgefordert, seinen Ver-
pflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen.
Der Herabminderung der Strafvorgänge eines Mitgliedes
von 3 Jahren auf 2 Jahre stimmt die Versammlung
zu und wird der Antrag beim Gauvorstand gestellt
werden. Die Mitglieder-Abstimmung um Erhöhung der
Beiträge um 5 Pf. pro Woche hatte folgendes Ergebnis:
Frage 1: dafür 0, dagegen 56, enthalten 0. Frage 2:
dafür 7, dagegen 47, enthalten 2. Frage 3: dafür 48,
dagegen 5, enthalten 5. Sodann bringt noch der Arbeits-
vermittler einen recht ausführlichen Bericht über Arbeits-
nachweis des letzten Vierteljahres zur Kenntniß. Die
nächste Versammlung findet nicht am 16., sondern am
23. November statt.

Döbeln. Die am 3. November hier stattgefundene
Zahlstellen-Versammlung genehmigt im ersten Punkte
ihre Tages-Ordnung das Protokoll der letzten Versamm-
lung, sowie den Versammlungs-Bericht in der „Anzeige“. Der
zweite Punkt der Tages-Ordnung: Bezahlen der
Beiträge, sowie Aufnahme eines Mitgliedes erledigte
sich in der üblichen Weise. Sodann wurde im 3. Punkte
die Mitglieder-Abstimmung vorgenommen. Die Fragen 1
und 2 wurden einstimmig vernimmt. Frage 3 in Stan-
dardung der letzten Mitglieder-Abstimmung einstimmig

bejaht. Die hiesigen Mitglieder sind durchaus nicht abgeneigt, höhere Beiträge zu entrichten, verlangen aber, daß diese Frage eingehender als mit einer bloßen Mitglieder-Abstimmung geprüft wird. Dies kann jedoch nur in der nächsten General-Versammlung geschehen. Die Zahlstelle protestiert ebenfalls gegen die allzu häufigen Mitglieder-Abstimmungen, welche geeignet sind, in chronische Abstimmerei auszuarten. Zu Punkt 4 erstattete der Agitationsvertrauensmann Gen. Anton Hahn Bericht von der Vertrauensmänner-Versammlung zu Dresden. Die hiesige Zahlstelle ist mit dem Verlauf dieser Delegierten-Konferenz, sowie mit dem Verhalten ihres Delegierten auf derselben vollständig einverstanden. In Punkt 5 der Tages-Ordnung wurde der letzte Versammlungsbericht der Zahlstelle Oberhausen zur Debatte gestellt. Die hiesige Zahlstelle lehnt es ab, mit der Zahlstelle Oberhausen in unserem Publikationsorgan zu debattieren, ist jedoch genötigt, zwei Punkte aus dem Oberhausener Versammlungsbericht ins richtige Licht zu setzen. Die Oberhausener Kollegen nennen es Annäherung, daß wir den Ausschluß des Herrn Kleinwächter und Genossen aus dem Verbands- bezw. Hauptvorstande beantragt hätten. Wir nennen es u n s e r R e c h t, beim Hauptvorstande uns geeignet erscheinende Anträge zu stellen. Von diesem Rechte werden wir uns von Niemandem, am allergeringsten aber von der „großen“ Mehrzahl der Oberhausener Zahlstelle, verbiethen lassen, Gebrauch zu machen. Zweitens giebt uns diese Zahlstelle den guten Rath, unsere gewerkschaftliche Thätigkeit auf jene Höhe zu bringen, auf der die Oberhausener Zahlstelle steht. Wenn die verehrte Zahlstelle in Oberhausen die Höhe der gewerkschaftlichen Thätigkeit etwa von dem Standpunkte aus mißt, daß man der Familie Bey, unseren lebenswürdigen Prozeßgegnern, die es auf unser sauer genug angehauenes Verbandsvermögen abgesehen hatten, helfend beistimmen muß und dadurch die ganze Organisation aufs Spiel setzte, so können wir nur bemerken, daß wir in dieser Beziehung allerdings uns nicht mit der Thätigkeit der Oberhausener Kollegen messen können. In dieser „Thätigkeit“ gebührt ihnen von allen Zahlstellen unseres Verbandes die Priorität, eine Priorität, auf die allerdings jede andere Zahlstelle verachtet, Anspruch zu erheben. Nach einigen drücklichen Angelegenheiten, das Gewerkschaftsstatut u. s. w. betreffend, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Fürstberg a. O. In der am 26. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung gelangte u. A. die Mitglieder-Abstimmung zur Erledigung. Frage 1 und 3 einstimmig abgelehnt, Frage 2 mit sämtlichen Stimmen bejaht. Zu Frage 2 entspann sich eine lebhafteste Debatte, und es wurde dem Artikelschreiber R.—S. in Nr. 43 der „Ameise“, welcher die Mitglieder-Abstimmungen für Mode bezeichnet, zugesprochen. Die gegenwärtige Mitglieder-Abstimmung sei im Hinblick auf die nahe bevorstehende General-Versammlung ganz überflüssig und bis dahin wird es wohl noch nicht zu spät sein, Beschlüsse über Sanierung der Kassenverhältnisse zu fassen. Die Kollegen hiesiger Zahlstelle würden nöthigenfalls vor keiner Beitragserhöhung zurückstehen, trotzdem auch sie unter der Krise stark zu leiden haben. Giebt es doch Zahlstellen, welche die schon gezahlten Extrabeiträge als ordentliche berechnet haben wollen, und nun schon wieder die Beiträge erhöhen? Damit würde wohl manchem Kollegen, welcher von dem Werth der Organisation noch nicht so ganz überzeugt ist, Veranlassung gegeben, um der Organisation wieder den Rücken kehren zu können. Bezugnehmend auf die weiteren Anträge auf Mitglieder-Abstimmung müssen wir der Bewunderung Ausdruck geben, daß man Extrabeiträge als ordentliche berechnen möchte. Dafür sind wir nicht, viel weniger verurtheilen wir die Handlung des Hauptvorstandes betreffs der Extrabeiträge, denn damals war doch, wie den Antragstellern bekannt sein wird, die Zeit zu kurz, um eine Mitglieder-Abstimmung zu veranlassen, und in der Zeit wurde Geld gebraucht, um der damaligen Kalamität abzuhelfen. Es ist interessant zu hören, wenn Zahlstellen auf Erhöhung der Beiträge Anregung geben, wogegen anders die außerordentlich notwendig gewordenen Extrabeiträge theilweise noch garnicht geleistet haben. — Die nächste General-Versammlung wird hoffentlich Stellung dazu nehmen und unnütze Mitglieder-Abstimmungen zu verhindern suchen, damit endlich Ruhe und Frieden in unserer Organisation seinen Einzug halten kann.

Fürstberg (Weiser). Freitag, den 8. November fand hier eine gut besuchte Zahlstellenversammlung statt, in welcher Gen. Bollmann-Niedorf über: „Die Aufgaben einer modernen Berufsorganisation“ referirte. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrag giebt Redner ein Bild von der uns so plötzlich getroffenen Krise, die er als chronisch bezeichnet, die nicht gleich wieder verschwinden werde. Man spräche von den milliardreichen Nationalvermögen, daß dies bei den Kapitalisten zu suchen sei, wählte jeder Arbeiter, bei den Arbeitern wäre alles gleich Null. Er stellt Arbeitslöhne und Unternehmensgewinne gegenüber, die Unternehmer verdienen doppelt so viel als die Arbeitslöhne zahlten (darunter auch Staatsbetriebe). Redner erinnert daran, wie erst die Krise klein anfing und von der Kapitalistenpresse abgelogen wurde, bis dann größere Banken ins Wanken kamen. Schon in den Jahren 1898 und 1899

wurde von bedeutenden Männern vorausgesagt, daß den sieben letzten Jahren ebensowiel, wenn nicht noch mehr, magere folgen würden, es wurde aber kein nicht geglaubt. Jetzt zu Beginn des Winters wird die Arbeitslosigkeit größer werden und mancher unserer Arbeitsbrüder wird zum Landstreicher herabsinken; dann wird die „bessere“ Gesellschaft wieder nach Knebelgesetzen schreiten. Er verweist auf den Unternehmergeverband der keramischen Gewerke, auf deren letzten Verbandstage erklärten zwei Fabrikanten, daß sie die Arbeitslöhne kürzen könnten, in diesem „Könnten“ liegt der Schwerpunkt, denn hätten die andern gekonnt, so hätten sie es auch gemacht. Folgebessert ist es unsere Pflicht mit Gewehr bei Fuß zu stehen, man weiß nicht, was kommen kann. Mitglieder-Abstimmung betreffend, berichtet Redner, daß die Vorschläge vom Vorstand alle abgelehnt wurden und der Vorschlag von den fünf Zahlstellen, die Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen, erst recht abgelehnt worden seien; er hätte auf der 1899 stattgefundenen Generalversammlung dagegen protestirt, solche einschneidende Neuerungen zu schaffen, aber der damalige Hauptkassirer war eben Momentstreitsch, was augenblicklich ging, wurde gemacht, aber für die Zukunft hatte man kein Auge. Die meisten Zahlstellen meinen, zur nächsten Generalversammlung würde alles geregelt werden, aber einige größere Streiks könnten das jetzige Verbandsvermögen in kurzer Zeit auflösen. Aus einigen Dingen sei ein Funke ausgegangen, welcher die Gemüther aufwecde aber nicht für das Allgemeinwohl. Die Deuchte wurde von der „Wetterdecke“ entzündet, es wurde alles mobil, im Innern blieb man nicht, man ging auch nach außen; Ausschußmitglieder, die ihre Schuldigkeit thaten, wurden verhaftet u.; statt im Innern etwas vernünftiges zu schaffen und die Mitglieder festzuhalten, pflegte man Umgang mit den schwarzen Brüdern. In jeder Gelegenheit hieß es denn, jetzt, da ist schon wieder was los; statt zu organisiren, giebt man sich solchen Leuten zu Sachen hin, die eines organisirten Arbeiters unwürdig sind. Anschließend hieran kritisiert Redner die Berichte des Gen. Taumann und jenen der Zahlstelle Weiswasser. In Bezug auf familiäre Einrichtungen giebt Redner noch ein kurzes Bild und fordert am Schluß seines Vortrages die Anwesenden auf, daß alle Arbeiter sich zum Prinzip machen resp. sich aufpassen, für ihre Arbeit auch den entsprechenden Lohn zu verlangen. Debatte: a) Beifall erteilt der Referent für seinen trefflichen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich die meisten in dem Sinne des Referenten aus. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die am 8. November im Aues'schen Saale stattgefundene gut besuchte Zahlstellenversammlung ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten für die Interessen des Verbandes und erklären, dahin arbeiten zu wollen, alle diejenigen, die dem Verbands noch fern stehen aufzuklären und denselben zuzuführen und insgesammt voll und ganz für das Erhalten und Blühen des Verbandes jederzeit eintreten zu wollen. In seinem Schlußwort beantwortet der Referent noch verschiedene an ihn gerichtete Anfragen.

Benhardensleben. In der am 4. d. Mts. stattgefundenen Versammlung wurde unter Anderem folgendes verhandelt: Die vorgeschriebene Mitglieder-Abstimmung ergab die Ablehnung sämtlicher Fragen mit der Motivirung, daß unter den heutigen Verhältnissen an eine Beitragserhöhung nicht zu denken ist. Es wird jetzt schon unter der herrschenden ungünstigen Geschäftskontunktur den Mitgliedern schwer, ihren Pflichten dem Verbands gegenüber nachzukommen. In Uebrigen liegt ein thatsächlich dringender Bedürfnis nicht vor zur sofortigen Stärkung der Verbandskasse, da angenommen werden muß, daß der Rückgang kein dauernder sein wird. Möge die in wenigen Monaten tagende Generalversammlung Mittel und Wege schaffen, einer wirklichen Kalamität vorzubeugen. Die Versammlung stellt sich voll und ganz auf den Standpunkt von Neuemintingen.

Rudolfsadt. Die am 26. Oktober im „Burgkeller“ abgehaltene Zahlstellenversammlung war leider nur von 38 Mitgliedern besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Eingahlung der Beiträge. 2. Abstimmen über Erhöhung der Beiträge. 3. Verschiedenes. Punkt 1 hat sich erledigt. Punkt 2: Der Vorsitzende verliest den Antrag der Zahlstellen Götze, Kahl, Ellenberg u. c. und stellt ihn zur Diskussion. Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine Erhöhung der Beiträge bei der jetzigen schlechten Geschäftslage unmöglich sei und wurde daher Frage 1 abgelehnt, Frage 2 angenommen und Frage 3 abgelehnt. Unter Punkt 3, „Verschiedenes“, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Zahlstelle Rudolfsadt-Bollstedt wolle zur nächsten ordentlichen Generalversammlung den Antrag stellen, den alljährlich herausgegebenen Abrechnungsbericht, Verzeichniß der deutsch-österreichischen Vorzeleantfirmen anzuhängen, um arbeitslosen Mitgliedern eine sofortige Uebersicht über Bedarf an Arbeitsplätzen zu geben.

Nachdem noch verschiedenes besprochen und geprüft worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sell. Protokollausgabe der Zahlstellenversammlung vom 27. Oktober. Dasselbe wurde am 27. d. Mts. Ar-Beitrag vom Vorsitzenden in Anwesenheit von 38

Mitgliedern eröffnet. Als erster Punkt der Tagesordnung stand Einkassiren der Beiträge, welche nach üblicher Weise erledigt wurde. Punkt 2: Mitglieder-Abstimmung. Ueber die zur Abstimmung gestellten Fragen kam das Resultat zu Stande, daß die erste und letzte Frage abgelehnt, die zweite einstimmig mit Ja beantwortet wurde. Obwohl prinzipiell nicht gegen eine mögliche Beitragserhöhung, hält die Zahlstelle den jetzigen Zeitpunkt, wo Geschäftslage und ein geringer Verdienst vorbesteht, für ungeeignet, um den Mitgliedern, besonders jenen, die unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen auch schon bei besserer Konjunktur arbeiten, eine Beitragserhöhung zumuthen zu können. Vereinsangelegenheiten lagen keine vor. Der Vorsitzende schloß um 8 Uhr Nachmittags die Versammlung.

Mühladt. Immer das alte Lied, Versammlungsbefuch schlecht. Gest. kurz vor 9 Uhr konnte die Versammlung eröffnet werden. Der erste Punkt der Tagesordnung, Kassiren der Beiträge, war bereits erledigt. Beim zweiten Punkt gab der Kassirer den Kassenbericht pro 3. Quartal ab. Der dritte Punkt betraf die Mitglieder-Abstimmung. Hierzu wurde der Antrag eingebracht und angenommen, welcher folgendermaßen lautet:

Sollte die Weihnachtsfeier die finanzielle Lage soweit verschlimmern, so soll der Hauptvorstand die nächste Generalversammlung nicht erst einfließen, sondern schon früher, womöglich schon im Februar, stattfinden lassen.

Die Abstimmung erfolgte auch demgemäß, indem dieser Punkt (betreffend Beitragserhöhung) auf nächste Generalversammlung zurückgestellt werden soll. Als Begründung wurden die zwei Artikel in Nr. 43 der „Ameise“, betitelt: „Mitglieder-Abstimmungen“ und „Wie können wir abstimmen“ genannt. Unter „Verschiedenes“ wurden die Debatten Lehmann u. A. wurden die gegenwärtigen Verhältnisse in hiesiger Fabrik besprochen.

Sell a. L. Die am 3. November stattgefundene Zahlstellenversammlung wurde vom Vorsitzenden um 10 1/2 Uhr Vormittags in Anwesenheit von 26 Mitgliedern eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls wurde dasselbe nach einigen Berichtigungen u. A. das Resultat in der „Ameise“ als abgegebene Resultat zu Frage 1 der letzten Mitglieder-Abstimmung, wo es statt 20 Stimmen mit Ja heißen muß, 30 mit Nein, angenommen. Weiter wurde vom Vorsitzenden auf das Protokoll hingewiesen, in Betreff der Sängerabtheilung, er monirte, daß von den Mitgliedern nicht thatsächlicher die schöne Sache, die doch sehr agitatorisch für unsere Sache gewirkt hätte, unterläßt und von anderer Seite keine weitere Unterstützung zu erwarten sei, das Weiterbestehen der Sängerabtheilung deshalb in Frage gestellt ist. Punkt 2: Der Kassenbericht wurde vom Kassirer erstattet, der anwesende Kassirer, Subwig Leopold, giebt den Kassenbericht und betont, daß die Kasse und Bücher in besserer Ordnung befunden wurden, worauf der Kassirer entlastet wurde. Der Vorsitzende bedauerte, daß es noch immer Mitglieder gäbe, die es nicht fertig bringen, ihre Beiträge regelmäßig alle 8 oder 14 Tage an die Unterkassirer zu zahlen, was doch für jedes Mitglied von Vortheil wäre, denn dadurch könnte der Abschluß zur rechten Zeit fertig gestellt werden und viele Mitglieder würden dem Verbands erhalten bleiben, was die heutige Bekanntheit wegen Nichtausgeschlossener Mitglieder beweist. Geappellirte an die Mitglieder, alle möchten von dieser nützlichen Einrichtung Gebrauch machen.

W. d. 3. Mitglieder-Abstimmung, führte zu lebhafter Debatte und konnte sich die Versammlung nicht für eine Erhöhung der Beiträge erklären, da nach dem letzten Rechenschaftsbericht der Hauptkassen immer noch ein Vermögensbestand vorhanden ist, der eine solche Maßnahme erübrigt. Das Resultat der Abstimmung ergab hierauf: Frage 1: 36 mit nein, 1 mit ja. Frage 2: 38 mit ja. Frage 3: 36 mit nein, 1 mit ja. Zu diesem Punkte machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Mitglieder sich im Verband in eine höhere Klasse versichern sollten, wenn alle sich nach ihrem Verdienst versichern würden, wie im Beihilfensfond, wo jeder so hoch als möglich versichert sein möchte, so würde auch dadurch die Verbandskasse gestärkt, zumal da der größte Theil der Mitglieder in der niedrigsten Klasse versichert ist, diese Neuerungen werden ungeheuren Beifall. Weiter wurde betont, wenn es galt, Gefahren, welche dem Verbands noch theilhaftige Wirkungen bringen könnten, abzuwenden, so war die Zahlstelle sofort bereit, und als es galt die Verbandskasse zu stärken, sandte sie die 15 Prozent voll ein. Auch die Extrabeiträge sind, wenn auch zum Theil erst im dritten Quartal, so doch von allen Mitgliedern bezahlt worden. Die Versammlung rügte auf das entschiedenste das Gebahren der Zahlstelle Neuemintingen wegen der Extrabeiträge und verlangt vom Vorstand gleiches Recht für alle in dieser Sache wachen zu lassen. Doch Neuemintingen in dieser Sache das Schiedsgericht anrufen eventuell Klage erheben will, ist nicht als bezeichnend ihres Oportunitätes für unsere Organisation und ihre arbeitlosen Mitglieder.

Punkt 4: Unterstützungsangelegenheiten, wurden der Versammlung die Beschlüsse der Verwaltungskommission betreffs der Kassenabrechnung des Gen. Kass. Kahl vorgelegt und die Ablehnung lehnt der Hauptvorstand bekannt gemacht. In Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Hauptkassen, in die Kasse durch die Uebersichtlichkeit seiner Summen (Frau und 4 Kinder) von K. v. W. nach der geforderten

ist, stellt der Vorsitzende den Antrag, dem Genossen A. 25 Mk. aus dem 15 pCt.-Fond zu bewilligen, welches durch geheime Abstimmung mittelst Stimmzettel einstimmige Annahme fand. Ferner wurden dem Vorstand, langjährigen Genossen Fr. Koppfer, 10 Mark bewilligt, welche Summe noch um 2 Mk. vom Vereinswirth vermehrt wurde, wofür ihm die Versammlung durch Erheben von den Elfen den Dank erstattete.

Punkt 5: Anträge und Beschwerden. Zu diesem Punkte wird beantragt, daß dieses Protokoll in der Uebersetzung veröffentlicht werden soll, was angenommen wurde. Gen. Steiger spricht sich über das Benehmen der ausgeschlossenen Mitglieder, besonders aber über den Dreher H. Meier in nur zu berechtigter Weise aus. Der Vorsitzende stellt Anfragen an die Mitglieder über die im letzter Woche vorgenommene Fabrikinspektion durch Fräulein v. Richthofen, er erklärt den Werth solcher Besuche und ermahnte die Mitglieder, nicht vorläufig, d. h. ohne Wissen und Willen der Arbeitgeber gegen die weisen Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche zum Schutze der Arbeiter vorhanden sind, zu verstoßen, wie es in letzter Zeit vorgekommen ist. Für den wegen Kosten gestrichenen Revisor L. Lehmann wurde Gustav Köhlig, Porzellandreher in Zell einstimmig gewählt. Hierauf schloß der Vorsitzende um 12 Uhr die Versammlung.

Im Versammlungsbericht von Trierfurt in der letzten Uebersetzung soll es in Zeile 28 nicht heißen 5 Prozent sondern 50 Prozent.

Literarisches.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 3 des 5. Jahrganges unter anderem: Amtliche Enquêtes über die Arbeitslosigkeit in Deutschland. — Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinen-Industrie. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Häuten (Steigerung des Rohwoll-Exports, Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen), Textilgewerbe (Besserung der Beschäftigungsverhältnisse in Forst, Glauchau-Meerane, Rammelschau, Schlesien, Elbst, Baden); Holz- und Schnitzstoffe (Umfrage); Handel (Entlassungen von Bankbeamten). — Statistische Monatsmaterial: Internationale Streitstatistik. Wärfenkurse. — Haushaltskosten. Konsum: Lebensmittelpreise im Oktober. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Arbeitsnachweise, Herberge und Einweisung im mittelhessischen Mälergewerbe. — Arbeitslosen-Fürsorge: Die Arbeitslosigkeit vor der bayrischen Kammer. — Kommunale Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit. — Monatliche Arbeitslosen-Zählung in Leipzig und Magdeburg.

Briefkasten.

München, C. K. Besten Dank für Uebersendung des Ausschusses. Ihre Liebenswürdigkeit verdient Nachahmung. — Zell, G. K. Ihren Dank kann ich in der Form nicht aufnehmen. Der Vorstand wird die Ablehnung Ihres Gesuches doch genügend begründet haben. Wenn die Zahlstelle aus dem 15 pCt. Ihnen eine „Gratifikation“ zuwendet, so finden Sie diese ruhig ein und machen Sie keine große Sache davon. Ob die Zahlstelle den Zweck des 15 pCt.-Fond entsprechend gehandelt hat, steht auf einem anderen Blatt. — Straßporto! Das Papier der Uebersetzung ist etwas schwerer geworden und deshalb ist Eure und vielleicht auch noch ein paar Anderen ihre Sendung, weil ich ungewogen zu niedrig frankierte, in Strafe gekommen, es soll nicht mehr vorkommen. — Wegen verspäteter Ankunft diene zur Kenntniß, daß ich wegen Unpäßlichkeit die ganze Arbeit am Donnerstag nicht schaffen und ein kleinerer Theil erst Freitag Mittag zur Post kam. Daß das niemals mehr vorkommt, kann ich leider nicht versprechen.

Sterbetafel.

Berlin August Basewald, geb. 21. Juni 1833 in Tiefensurt, gest. 30. Oktober an Gehirnlähmung. Krankheitsdauer 8 Stunden.
Hormsdorf, Franz Luma, Dreher, geb. 27. September 1863 in Roschitz bei Prag, gest. 20. Oktober 1901 in Lamsdorf an der Porzellinerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 3 Monate. Mitglied des Verbandes und Vahlfonds.
Tiefensurt, Stefan Klatt, Maler, geb. 7. Oktober 1853 zu Suhl, gest. 2. November zu Rauscha an Herzverwässerung. Krankheitsdauer 12 Tage.
Ehre ihrem Andenken.

Adressen-Nachtrag.

Wilda, Raff.: Oskar Schulze, Fabrikstr. 21 II.
Schriftf.: Aug. Jaroszewicz, Kronprinzstr. 35.
Beis.: Elise Terzow, Kronprinzstr. 31. Revisoren: Albert Rydzekowski, Kronprinzstr. 52. Wirth Götz, Fabrikstr. 21 II.
Langewiesen. Raff.: Edmund Seyferth, Münchgasse.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 19. November, Abends präcise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Berlin II. Sonnabend, 23. November, Abends 8 1/2 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstraße 21. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Kollegen Tobias über: „Deutsche Dichtungen im 19. Jahrhundert. 3. Verschiedenes.
Berlin-Weabit. Montag, 18. November, Abends 8 Uhr bei Pfarr, Pultitzstr. 10.
Suckau. Sonnabend, 16. November, Abends 8 Uhr bei S. Westphal, Dorotheenstr. 14.
Eisenberg. Sonnabend, 16. November im Gambrius.
Freienort. Sonnabend, 16. November im Gasthof zum Saalhof zu Raschhausen. Sämmtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen.
Gschwenda. Sonntag, 17. November, Nachmittags 3 Uhr im Strobelischen Gasthaus. Gemeinliche Versammlung der beiden Zahlstellen Gera und Gschwenda. Pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig.
Gausen. Sonntag, den 17. November, Nachmittags 1 1/2 Uhr im Vereinslokal zu Lanersdorf.
Nürnberg. Sonnabend, den 30. November im Felsler. Bibliothekbücher sind unbedingt mitzubringen.
S. 15. Sonntag, den 17. November Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokale Ludwigskeller. Beitragszahlen ist notwendig.

Anzeigen.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte. Aesthetes Geschäft Meier Art.

Goldschmiedere

sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtm., Thür.



Gotha. Sonnabend, den 23. November, Abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Erholung“

Oeffentliche Versammlung

der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Die Reise im Wirtschaftsleben und in der Berufsorganisation. Referent: Georg Wollmann-Rhdorf. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmelt und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angerechnet. Sendungen werden schnell erledigt.
H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

Pforzheim. Freitag, den 15. November

Zahlstellen-Versammlung.

Der Verbandsvorsitzende wird über die Nothwendigkeit der Organisation der Werkstätt- u. Heimarbeiter sprechen. Wegen dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Der Einberufer.

Grossreuthenbach. Montag, den 18. November

Oeffentliche Versammlung

der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Krise und die Nothwendigkeit der Berufsvereinigung. Referent: G. Wollmann-Rhdorf. Der Einberufer.

Suhl. Sonntag, den 17. November, Nachmittags 3 Uhr.

Oeffentliche Versammlung

der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen im Saale „Zur Domberganstalt“. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Krise und die Nothwendigkeit der Berufsorganisation. Referent: G. Wollmann-Rhdorf. Pflicht der Brauergenossen ist sämmtlich zu erscheinen.

Hüttensteinach. Dienstag, den 19. November, Abends 7 1/2 Uhr.

Oeffentliche Versammlung

der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen im Vereinslokal „Der König“. Tagesordnung: 1. Die Reise im Wirtschaftsleben und in der Berufsorganisation. Referent: Georg Wollmann-Rhdorf. Die umliegenden Zahlstellen, wie Köppelsdorf etc., sind hierzu eingeladen. Der Einberufer.

Ohrdruf. Freitag, den 22. November, Abends 8 Uhr

Oeffentliche Versammlung

der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen im Simonais Restaurant. Tagesordnung: 1. Die Reise im Wirtschaftsleben und in der Berufsorganisation. 2. Diskussion. Referent: Georg Wollmann-Rhdorf. Um zahlreichste Theilnahme wird gebeten. Die Zahlstellenverwaltung.

Eisenberg. Sonntag, den 17. November feiert die hiesige Zahlstelle ihr diesjähriges

Stiftungs-Fest

im Allenburger Hof, bestehend in Abendunterhaltung mit darauffolgendem Tanz. Wir laden die hiesigen Genossen, sowie die umliegenden Zahlstellen hierzu herzlich ein. Das Komitee.

Arbeitsmarkt.

Ein jüngerer Mann,

der in allen Fächern der Dreherei und Formerei gut erfahren ist, sucht baldige Stellung als Oberdreher oder Oberformer. Offerten unter R. O. an die Redaktion des Blattes.

Jünger, tüchtiger Porzellanmaler,

der in einer Porzellanmalerei gelernt hat, sucht unter bescheidenen Ansprüchen baldige dauernde Stellung. Offerten unter M. H. an die Redaktion dieses Blattes.

Des auf den 20. November (Mittwoch)

fallenden Bus- und Beilages wegen, sind alle für die Nr. 47 bestimmten Berichte, Anzeigen etc. so rechtzeitig abzuliefern, daß sie bis Montag Mittag hier sind. Redaktion u. Expedition „Die Uebersetzung“

R. Jahr.